

Antrag der CDU-Fraktion vom 10. November 2006 betr. "Einführung eines Personalberichtswesens"

18/11/2006 11:59 +49-6151-171219
+49 6151 171219

CDU FRAKTION DA

S. 82



CDU-Stadtverordnetenfraktion • Steubenplatz 12 • 64293 Darmstadt

In der
Wissenschaftsstadt Darmstadt
Steubenplatz 12
64293 Darmstadt
Tel. 0 61 51 / 17 12 18
Fax 0 61 51 / 17 12 19
Internet: www.cdu-darmstadt.de

10 Nov 06

Antrag „Einführung eines Personalberichtswesens“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, ein Personalberichtswesen einzuführen, das den nachfolgenden Anforderungen genügt:
 - Darstellung der tatsächlichen Stellenentwicklung (Soll-Ist-Vergleich untergliedert nach Dezernaten, Ämtern sowie Status der Beschäftigten)
 - Bericht über die Personalkostenentwicklung für die aktiven Bediensteten im abgelaufenen Berichtszeitraum
 - Bericht über die voraussichtliche Personalkostenentwicklung für die aktiven Bediensteten
 - Darstellung der Personenzahl und der Aufwendungen für „außertarifliches Personal“, Honorarkräfte und freie Mitarbeiter u.ä.
 - Darstellung der aktuellen Versorgungszahlungen und der hierfür erforderlichen Versorgungsaufwendungen
 - Darstellung der prognostizierten Versorgungszahlungen, der hierfür erwarteten Versorgungsaufwendungen und – soweit möglich – der hieraus resultierenden zukünftigen Haushaltsrisiken
 - Darstellung der aktuellen Beihilfezahlungen sowie der prognostizierten Entwicklung der Beihilfezahlungen
 - Bericht über Sondereffekte (Altersteilzeit, Vorruhestandsregelungen u.ä.)
 - Darstellung der durchgeführten und vorgesehenen Maßnahmen im Bereich der Personal- und Organisationsentwicklung
 - Bericht über die durchgeführten und vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen im Personalbereich



2. Der Personalbericht soll zu den oben genannten Bestandteilen geeignete Kennzahlen und statistische Auswertungen enthalten.
3. Der Personalbericht ist den Stadtverordneten im jährlichen Turnus – jeweils innerhalb des ersten Halbjahres des auf den Berichtszeitraum folgenden Jahres – zur Kenntnisnahme zu bringen und in der Stadtverordnetenversammlung zu behandeln.

Begründung erfolgt mündlich.

André Schellenberg
Beate Kölsch
Wilhelm Kins
Ludwig Achenbach

Stadtverordnete

Rafael Reißer MdL

Fraktionsvorsitzender